

NACHHALTIGE STEUERREFORM

Neue Wunderwaffe



Die drei Säulen der Nachhaltigkeit.

(Foto: woxx)

Eine Studie soll die Diskussion über Ökosteuern ankurbeln. Dabei wird weniger mit umwelt- als mit finanzpolitischen Notwendigkeiten argumentiert.

"Eine nachhaltige Steuerreform für Luxemburg", so lautet der Titel einer Studie, die der Mouvement écologique am vergangenen Dienstag vorstellte. Steuerreform? Hatten wir nicht schon eine? Tatsache ist, dass die massiven Steuersenkungen der beiden vergangenen Jahre, anders als von der Regierung angekündigt, keine ökologischen Elemente einführt. Dass in dieser Hinsicht Handlungsbedarf besteht, leitet die Studie weniger aus rein ökologischen Überlegungen ab als vielmehr aus einer umfassenden Analyse des derzeitigen luxemburger Steuer- und Finanzsystems.

Dabei legt der Autor Dieter Ewringmann vom Kölner finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut den Finger auf so manche Krampfadern der Unnachhaltigkeit. Luxemburg nutze die Arbeitskraft der "Frontaliers", ohne dass deren Wohngemeinden, die Infrastrukturen zur Verfügung stellen müssen, an dem Steueraufkommen beteiligt seien. So habe das Großherzogtum auch die Ausbildungskosten "in Grenzen gehalten" - alles in al-

lem eine nicht besonders zukunftssichere Vorgehensweise. Höflich zurückhaltende Kritik gibt es ebenfalls für die nationale Strategie zur Reduktion der Treibhausgase. Zwar lobt Dieter Ewringmann die "beachtliche Verpflichtung", das CO₂-Aufkommen um 28 Prozent zu senken, doch er stellt fest, dass die vom Umweltministerium vorgelegten Szenarien sich kaum aufrecht erhalten lassen. Und er formuliert die ein Jahr vor den Wahlen für die Regierung höchst unangenehme Frage, wem die CO₂-Minderungspflichten abverlangt werden sollen.

Wem-Frage

Dem bisher von Umweltminister Goerens favorisierten Weg, Umweltverbesserungen durch freiwillige Verpflichtungen der Verursacher zu erreichen, erteilt die Studie eine klare Absage. Neben dem Einsatz von Ge- und Verboten lasse sich Umweltpolitik vor allem durch ökonomische Anreize gestalten. Allerdings sei dabei vorsichtig vorzugehen, weil das Steuersystem ja nicht nur dazu diene, Lenkungseffekte im Sinne der Nachhaltigkeit zu erzielen, sondern auch, nachhaltig die öffentlichen Ausgaben zu finanzieren.

Bei der Analyse des bestehenden Steuer- und Abgabensystems könne man, so Dieter Ewringmann, unabhängig von ökologischen Überlegungen viele Systemfehler, Ungerechtigkeiten und Ineffizienzen finden. Er bemängelt insbesondere die relativ niedrige Besteuerung des Produktionsfaktors Energie, verglichen mit den Faktoren Kapital und Arbeit. Indem man statt der Arbeit die Energie besteuere, könne man die Tragfähigkeit der Sozialsysteme nachhaltig absichern. So verbindet der Autor, was oft als Gegensatz angesehen wird, nämlich wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit mit dem Umwelt-, Natur und Klimaschutz.

Lokal denken

Es gehe um die Abkehr von der Idee einer "Wunderwaffe Ökosteuer", hin zu einer Steuerreform im Dienste eines Nachhaltigkeitsbegriffs, der die drei Säulen Umwelt, Wirtschaft und Soziales umfasse, erklärte Blanche Weber vom Mouvement écologique, am vergangenen Dienstag. Ihre Organisation habe in diesem Punkt einen Paradigmenwechsel vollzogen.

Ein Paradigmenwechsel scheint jedoch auch stattgefunden zu haben, was den Leitsatz "Global denken, lokal handeln" angeht. In der Studie wird die ethische Verpflichtung angeführt, das jetzige Einkommensniveau aufrecht zu erhalten für künftige Generationen - womit allerdings nur die Generationen von LuxemburgerInnen gemeint sind. Darauf, welches Einkommensniveau dabei für den Rest der Welt "aufrecht zu erhalten" sei, wird kein Gedanke verschwendet.

Anlass zu Kritik könnte auch die liberale Färbung der Studie geben. Da wird laut nachgedacht über "verursacherorientierte

Beiträge" für soziale Versicherungssysteme - wer oft krank wird, soll wohl mehr zahlen. Einerseits wird beim Wasserverbrauch "Kostenwahrheit" - also drastische Preiserhöhungen für die EndverbraucherInnen - eingefordert. Andererseits soll die Einführung von Energiesteuern "schrittweise und mit Augenmaß" geschehen, mit "flankierenden Kompromissregelungen" für energieintensive Unternehmen. Auch der Rückgriff auf Konzepte wie Marktconformität und Kapitaldeckung der Altersvorsorge wird bei Gruppen wie Atac, die mit der "pensée unique" aufräumen wollen, schlecht ankommen. Und mit einem Satz wie "Tiefenlagen mit (...) nicht in den Produktionsprozess einbezogenen Arbeitskräften sind aus der Sicht langfristiger und intergenerativer Potenzialerhaltung kein unmittelbares Problem." - also: "Massenarbeitslosigkeit ist nicht schlimm, solange die Umwelt keinen Schaden nimmt" - positioniert Dieter Ewringmann die Umweltbewegung genau dort, wo ökologiefreundliche Linien sie haben wollen.

Sprengstoff

Trotz dieser Vorbehalte ist die Studie lesenswert. Sie analysiert das Steuersystem auf fachlich hohem Niveau und enthält Forderungen, die Sprengstoff für die luxemburger politische Landschaft sind. So heißt es zum Thema Flächenverbrauch: "In besonderer Weise gilt es, die Förderung der energie- und flächenintensivsten Wohnform - des Eigenheims bzw. des Einfamilienhauses - nach und nach zurückzuführen." Was die Einführung einer Energiesteuer angeht, so ist Dieter Ewringmann bemüht, die möglichen Kritiken zu widerlegen. Ein solcher Schritt sei keineswegs ein "nationaler Alleingang" sondern angesichts des Rückstandes des Großherzogtums in Sachen Ökosteuern eher ein Aufspringen auf den fahrenden Zug.

Das Problem der Sozialverträglichkeit der durch eine Energiesteuer fälligen Preiserhöhungen will Dieter Ewringmann, wie dies schon 1998 vom Wuppertal-Institut vorgeschlagen worden war, mit einem für alle BürgerInnen einheitlichen Öko-Bonus lösen. Diese Vorgehensweise "müsste auch vor dem scharfen Blick der Gewerkschaften Bestand haben", hofft der Autor. Das Prinzip Hoffnung scheint auch für den Mouvement écologique zu gelten, der seit über zehn Jahren eine Ökosteuer fordert. Die Forderung fand zwar Eingang in die aufeinanderfolgenden Regierungserklärungen seit 1989, wurde aber nie umgesetzt. Man solle die jetzt vorliegende Studie, immerhin zu 50 Prozent staatlich bezuschusst, nicht zerreden, empfahl Blanche Weber. Damit die nächste Regierung handeln könne, müsse jetzt ein Diskussionsprozess eingeleitet werden. Damit rennt der Mouvement bei Premierminister Jean-Claude Juncker offene Türen ein (siehe Interview ab Seite 4) - zumindest, was das Diskutieren betrifft ...

Raymond Klein

Der Text der Studie ist unter www.emweltzenter.lu verfügbar.

Cattenom: les études se suivent ...

Les autorisations de rejets demandées par la centrale de Cattenom sont inacceptables, voilà la conclusion que tirent "Déi Gréng" de l'étude commanditée auprès de l'institut spécialisé Wise-Paris. L'étude présentée la semaine dernière par le Mouvement écologique (voir woxx no 709) avait surpris parce qu'elle insistait moins sur les rejets de tritium, en augmentation, que sur les autres substances nucléaires. Elle reprochait à l'exploitant de la centrale, "Electricité de France" (EDF), de ne pas utiliser des filtres modernes tels que ceux utilisés en Allemagne afin de réduire plus encore les rejets déversés dans la Moselle.

L'étude de Wise met à nouveau l'accent sur l'augmentation du seuil pour le tritium. La valeur limite demandée par EDF pour Cattenom est plus élevée que celle autorisée récemment pour d'autres réacteurs du même type. Par ailleurs, dans le dossier d'enquête publique remis par EDF, les rejets de 2001 et 2002 ont été "oubliés". Wise montre, chiffres à l'appui, que ces deux années là, Cattenom a été parmi les centrales les plus polluantes de France en raison de ruptures de crayons de combustible nucléaire. Ces incidents graves restent largement inexplicables. Wise suspecte qu'EDF cherche à adapter les limites d'autorisation aux rejets particulièrement élevés, plutôt que de tout faire pour éviter de tels incidents et de telles fuites.

"Déi Gréng" essayent de mettre sur pied un front de résistance transfrontalier contre les autorisations demandées. Pour cela ils ont fait appel aux Verts français et allemands, au social-démocrate allemand Jo Leinen et à des ONG. Quant au gouvernement luxembourgeois, Claude Turmes, le parlementaire européen de "Déi Gréng", lui reproche son manque d'initiative. "Que la ministre des Affaires étrangères, Madame Polfer, qui se vante de ses bonnes relations avec MM. Chirac et Raffarin, en fasse son affaire", demande-t-il.

L'étude est disponible sur www.wise-paris.org (voir sous: News).

Déi Lénk erinnert an Salvador Allende

Ein Schild "Rue Salvador Allende" prangt - zusammen mit ein paar roten Rosen - an der Straßenecke Rue Louvigny und Rue Philippe II, die Déi Lénk gestern demonstrativ zu Ehren des ehemaligen chilenischen Präsidenten symbolisch umbenannt hat. Am 11. September 1973 war der erste frei gewählte marxistische Staatschef vom Militär gestürzt worden. Den Putsch hatte er nicht überlebt. Dass nicht nur der 11. September 2001 ein Tag sein sollte, an den es zu erinnern gilt, sondern eben auch jener, an dem Chiles Weg zum Sozialismus begraben wurde, darauf machten die Déi Lénk-AktivistInnen gestern aufmerksam. Das Geschehen von damals sei aktueller denn je, hieß es in Gegenwart eines Vertreters der chilenischen Gemeinschaft in Luxemburg. Dieselbe Straße hätte schon 1974 nach Allende benannt werden sollen. Damals wurde dies jedoch von den Stadtobersten abgelehnt. Nun will Déi Lénk-Gemeinderat Guy Stoos einen offiziellen Antrag auf Umbenennung stellen.

Juncker sorgt sich um Schröder

Ohne es offen zu sagen, hat Premierminister Juncker bei der Budgetvorstellung am Mittwoch fast schon Abschied vom europäischen Stabilitätspakt genommen: Seine Sorge gilt der Belebung der deutschen Konjunktur - ohne die auch in Luxemburg der Wirtschaftsmotor nicht so recht in Fahrt kommt. Es müsse den Deutschen erlaubt werden, alle möglichen konjunkturbelebenden Maßnahmen, also ein Vorziehen der Steuerreform, zu ergreifen, auch wenn dadurch ein Haushaltsdefizit entstehe, das mehr als drei Prozent des Bruttonationalproduktes betrage. Juncker, der auch als Berater in Sachen nachhaltiger Steuer- und Sozialpolitik der Schröderregierung fungierte (siehe dazu das Interview S. 4), desavouiert damit teilweise seine politischen KollegInnen der CDU/CSU, die der rot-grünen Regierung Verfassungsbruch wegen überhöhter Verschuldung vorwerfen. Während Junckers Budgetminister Frieden voll des Lobes war für die von ihm selbst erstellte, als verantwortungsvoll titulierte Haushaltsvorlage, die ohne Neuverschuldung auskomme, gab sich der Premier deutlich pessimistischer: Wenn die Durststrecke bis 2006 andauern sollte, ist es mit schwarzen Zahlen im Staate Luxemburg wohl auch vorbei.

